

Geschäftsbericht 2009

Union Krankenversicherung AG

Union Krankenversicherung AG

Inhalt

04	Überblick
05	Gremien
06	PKV-Kennzahlen der Union Krankenversicherung AG
07–17	Lagebericht
18–19	Bilanz zum 31. Dezember 2009
20–21	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009
	Anhang
22–23	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden
24–25	Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2009
26–29	Erläuterungen zur Bilanz
30–31	Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung
32–34	Sonstige Angaben
35	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
36	Bericht des Aufsichtsrats
37	Dank
38	Impressum

Überblick

Union Krankenversicherung AG

		2009	2008	2007	2006	2005
Anzahl der versicherten Personen	Tsd.	1.025,2	1.008,6	972,8	921,6	854,9
Beitragseinnahmen brutto	Mio. €	556,4	542,6	516,1	497,8	486,2
Versicherungsleistungen	Mio. €	326,0	297,9	273,9	255,4	257,2
Kapitalanlagen	Mio. €	2.226,9	2.025,7	1.878,7	1.656,1	1.431,6
Ergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	86,0	57,7	85,9	78,8	75,1
Nettoverzinsung	%	4,0	3,0	4,9	5,1	5,7
Laufende Durchschnittsverzinsung	%	4,0	4,4	4,8	4,6	4,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	Mio. €	2.196,1	1.991,3	1.814,0	1.601,0	1.382,8
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	14,3	20,8	46,5	61,2	58,8
Jahresüberschuss	Mio. €	8,0	9,0	15,0	8,7	7,9
Eigenkapital	Mio. €	75,2	76,1	82,1	70,7	64,8

Gremien

Aufsichtsrat

Friedrich Schubring-Giese

Vorsitzender des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts
Vorsitzender

Ulrich Rüther

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial NordWest Holding AG
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Harald Benzing

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Rainer Fürhaupter

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Ursula Gruber *

Angestellte

Dr. Robert Harald Heene

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Ulrich Jansen

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial Rheinland Holding

Dr. Franz Kühnel

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Klaus Latz *

Angestellter

Eva-Romana Mielsch *

Angestellte

Matthias Mikulla *

Angestellter

Dr. Ditmar Schulze *

Angestellter

Helmut Späth

Stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Dr. Stephan Spieleder

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Ulrich-Bernd Wolff von der Sahl

Vorsitzender des Vorstands
SV SparkassenVersicherung
Holding AG

Vorstand

Axel Kampmann

Unternehmensplanung und
Controlling, Gesamtrisikomanage-
ment, Personal, Unternehmens-
kommunikation, Vertrieb, Revision,
Rechnungswesen, Mathematik
Vorsitzender

Manuela Kiechle

Marketing, Auslandsgeschäft,
Reiseversicherung, Produktentwick-
lung, Betriebsorganisation und
-technik, Anwendungsentwicklung,
Allgemeine Services

Wolfgang Reif

Kundenservice, Leistungs-
bearbeitung, Gesundheitsmanage-
ment, Beihilfe- und Firmen-
versicherung, Recht und Steuern,
Vermögensanlage und Vermögens-
verwaltung, Service-Center

* Vertreter der Arbeitnehmer.

PKV-Kennzahlen der Union Krankenversicherung AG

		2009	2008	2007	2006	2005
Eigenkapitalquote ¹	%	12,2	12,5	13,0	12,5	11,7
RfB-Quote	%	24,5	28,3	33,4	29,7	22,4
Überschussverwendungsquote ²	%	75,6	74,6	81,3	90,2	91,0
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	%	3,0	7,0	11,6	13,7	13,7
Schadenquote	%	81,9	76,1	74,2	72,6	73,3
Verwaltungskostenquote	%	2,4	2,6	2,6	2,6	2,8
Abschlusskostenquote	%	12,7	14,2	11,6	11,1	10,3
Nettoverzinsung	%	4,0	3,0	4,9	5,1	5,7

¹ Angepasste Kennzahl laut PKV.

² Im Jahr 2009: Nach Art der Lebensversicherung 81,1 Prozent.

Lagebericht

Branchenentwicklung

Die private Krankenversicherung beendete das Geschäftsjahr 2009 mit einer erfreulichen Beitragsentwicklung. Auf die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die politischen Rahmenbedingungen hat sie erfolgreich reagiert. Ihre Beitragseinnahmen erhöhten sich um 4,0 Prozent auf 31,5 Mrd. Euro – bei einem Zuwachs von 3,8 Prozent in der Krankheitskosten-Voll- und -Zusatzversicherung sowie von 6,6 Prozent in der Pflegeversicherung. Einen deutlichen Aufschwung verzeichnete das Neugeschäft. Die Befürchtungen vieler gesetzlich Versicherter, dass durch die Einführung des Gesundheitsfonds Beitragsmehrbelastungen und Leistungseinschränkungen auf sie zukommen, bewegte viele zu einem Wechsel in die PKV. Positiv zu werten ist die gestiegene Nachfrage nach Vollversicherungen. Dass sich die Bedeutung der Pflegeversicherung im Jahr 2009 weiter erhöhte, zeigten das Bestandwachstum und die zunehmende Nachfrage nach privaten Pflegeergänzungsversicherungen. Auf Grund der Entwicklungen im Gesundheitsmarkt stiegen die Versicherungsleistungen um 6,0 Prozent auf insgesamt 21,4 Mrd. Euro und nahmen damit stärker zu als das Beitragswachstum.

Stand: Dezember 2009, GDV.

Geschäftsverlauf

Die Union Krankenversicherung AG erzielte im Jahr 2009 erneut eine Beitragssteigerung. Die gebuchten Bruttobeiträge wuchsen um 2,5 Prozent. Zu diesem Anstieg hat wiederum das gute Neugeschäft bei den Vollversicherungen beigetragen. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto) sind auf 326,5 (298,4) Mio. Euro gestiegen. Die Verwaltungskostenquote konnte auf 2,4 (2,6) Prozent gesenkt werden. Die Nettoverzinsung lag bei 4,0 (3,0) Prozent. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen stieg um 49,0 Prozent auf 86,0 (57,7) Mio. Euro.

Neugeschäft

Die Union Krankenversicherung steigerte ihr policiertes Neugeschäft im Geschäftsjahr 2009 um 21,2 Prozent auf 59,4 (49,0) Mio. Euro Jahresbeitrag. Wesentliche Wachstumsimpulse gingen vom Vollversicherungsgeschäft aus, das um 24,8 Prozent zulegte. Zum guten Neugeschäft haben alle Vertriebswege der Union Krankenversicherung beigetragen.

Bestand

Die Union Krankenversicherung erweiterte ihren Bestand um 16.656 Kunden. Zum Jahresende hatte sie 1.025.239 Kunden versichert, davon 113.597 in der Krankheitskosten-Voll- und 911.642 in der Krankheitskosten-Zusatzversicherung.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich im Geschäftsjahr 2009 um 2,5 Prozent auf 556,4 Mio. Euro. Beitragsanpassungen fielen 2009 beim Beitragswachstum kaum ins Gewicht.

Einschließlich der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung in Höhe von 14,2 Mio. Euro beliefen sich die Gesamtbeitragseinnahmen auf 570,6 Mio. Euro.

Versicherungsleistungen

Die Zahlungen für Versicherungsfälle (brutto) und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle inklusive der Schadenregulierungsaufwendungen lagen bei 326,5 (298,4) Mio. Euro. Für die Aufwendungen für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 208,5 (194,7) Mio. Euro zugeführt. Infolgedessen belief sich die PKV-Schadenquote auf 81,9 (76,1) Prozent.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurde angemessen dotiert. Diese Mittel kommen den Versicherten in Form von geringeren Beitragsanpassungen bzw. Beitragsrückerstattungen direkt zugute.

Entnahmen aus Rückstellungen für Beitragsrückerstattung

Zur Entlastung der Versicherten im Rahmen von Beitragsanpassungsmaßnahmen wurden der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung 10,0 (9,3) Mio. Euro entnommen. Darüber hinaus erfolgten im Jahr 2009 für das Geschäftsjahr 2008 Barausschüttungen an leistungsfreie Versicherte in Höhe von 25,2 (22,4) Mio. Euro.

Der Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurden insgesamt 4,2 (18,0) Mio. Euro entnommen.

Kosten

Die Verwaltungskostenquote verbesserte sich auf 2,4 (2,6) Prozent, die Abschlusskostenquote auf 12,7 (14,2) Prozent.

Insgesamt sanken die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf 83,3 (90,2) Mio. Euro. Dabei hatte die Gesellschaft 13,3 (14,0) Mio. Euro Verwaltungs- und 70,0 (76,2) Mio. Euro Abschlussaufwendungen. Darin enthalten sind auch die Kosten zur Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben aus der Gesundheitsreform.

Kapitalmarkt und Entwicklung der Kapitalanlagen

Das Jahr 2009 war von großen Unsicherheiten an den Kapitalmärkten gekennzeichnet. Die Geldversorgung kam dadurch zu Beginn des Jahres nahezu zum Erliegen. Die Kreditwirtschaft musste infolge der gesunkenen Risikotragfähigkeit und erhöhten Eigenkapitalanforderungen ihre Engagements reduzieren. Gleichzeitig stiegen die Risikoaufschläge für Kredite auf historische Höchststände. Der Kursrückgang an den Aktienmärkten und die Flucht in sichere Anlagen setzten sich fort. Der risikolose Zins (zehnjährige Bundesanleihe) lag bei drei Prozent. Die zunehmende Ungewissheit der weiteren Entwicklung in der Realwirtschaft führte zu einem zurückhaltenden Ausgabeverhalten sowohl im industriellen als auch im privaten Sektor und damit zu einem erheblichen Nachfrage-rückgang. Die Abwärtsspirale konnte nur durch massive staatliche Stützungsmaßnahmen in die Kredit- und Privatwirtschaft aufgehalten werden. Erst im Laufe des 2. Quartals 2009 beruhigte sich die Gesamtsituation. Die staatlichen Stützungsmaßnahmen und die geldpolitischen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank zeigten Wirkung. Die Aktien- und Kreditmärkte stabilisierten sich deutlich unter Höchststand.

Die Stärke des Portfolios der Union Krankenversicherung liegt in der ausgezeichneten Bonität des Zinsträgerbestands bei gleichzeitiger langer Duration. Allerdings wird das nachhaltig niedrige Zinsniveau zu einer stetigen Verringerung der Kapitalerträge führen. Das diversifizierte Marktwertportfolio wurde zu Beginn 2009 vor dem Hintergrund der Marktunsicherheiten erheblich reduziert. Darüber hinaus gewährleistet eine dynamische Steuerung die schnelle Anpassung an veränderte Marktbedingungen und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens.

Kapitalanlagenbestand

Der Bestand an Kapitalanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr um 9,9 Prozent auf 2,23 (2,03) Mrd. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte aus Zugängen in Höhe von 477,9 (325,1) Mio. Euro, Abgängen in Höhe von 284,7 (146,1) Mio. Euro, Zuschreibungen in Höhe von 10,9 (0) Mio. Euro und Abschreibungen in Höhe von 2,9 (32,0) Mio. Euro.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2009		31.12.2008	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2,1	0,1	2,1	0,1
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	32,2	1,4	31,7	1,6
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	294,5	13,2	421,9	20,8
Sonstige Ausleihungen, insbesondere Namenspapiere und Schuldscheindarlehen	1.881,1	84,5	1.564,0	77,2
Einlagen bei Kreditinstituten	17,0	0,8	6,0	0,3
Gesamt	2.226,9	100,0	2.025,7	100,0

Struktur der Bruttoneuanlagen

Die Bruttoneuanlagen lagen bei 477,9 (325,1) Mio. Euro. Das ergab eine Neuanlagequote von 23,6 (17,3) Prozent des Kapitalanlagenbestands.

Als Reaktion auf das Marktumfeld wurde im Jahr 2008 begonnen, das Marktwertportfolio vor allem innerhalb der Investmentfonds zu reduzieren. Desinvestiert wurden insbesondere die in den Investmentfonds gehaltenen Aktien. Diese Desinvestition wurde im Jahr 2009 durch Rückgabe von Anteilen auch auf Fondsebene umgesetzt; das gehaltene Investmentfondsvolumen wurde um 127,4 Mio. Euro reduziert. Die dadurch freigewordene Liquidität sowie die übrigen freien Mittel wurden in Schuldscheindarlehen und sonstigen Namenspapieren angelegt. Zur Diversifizierung innerhalb dieser Position lag im Geschäftsjahr der Schwerpunkt der Investition in Ausleihungen an Bund, Länder und Gemeinden. Die Umschichtung stabilisiert das Portfolio durch geringere Schwankungsanfälligkeit und eine Verstetigung der laufenden Verzinsung.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 86,0 (57,7) Mio. Euro. Die laufenden Erträge stiegen auf 90,3 (85,7) Mio. Euro. Die Erträge aus Zuschreibungen und Veräußerungsgewinnen beliefen sich insgesamt auf 12,6 (5,0) Mio. Euro und entstanden überwiegend im Bereich Investmentanteile. Die Gesamterträge lagen damit bei 102,9 (90,6) Mio. Euro.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf 16,9 (33,0) Mio. Euro. Sie setzen sich aus laufenden Aufwendungen in Höhe von 4,8 (0,6) Mio. Euro, Abschreibungen auf Kapitalanlagen in Höhe von 2,9 (32,0) Mio. Euro und Abgangsverlusten in Höhe von 9,2 (0,5) Mio. Euro zusammen.

Die Nettoverzinsung lag bei 4,0 (3,0) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft empfohlenen Methode – belief sich auf 4,0 (4,4) Prozent.

Jahresergebnis

Der Jahresüberschuss lag bei 8,0 (9,0) Mio. Euro.

Überschussverwendung

Im Verhältnis zum Rohergebnis nach Steuern errechnet sich eine Überschussverwendungsquote von 75,6 (74,6) Prozent für das gesamte und von 81,1 Prozent für das nach Art der Lebensversicherung betriebene Geschäft.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Bericht über die Beziehung zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2009 wurde vom Vorstand am 8. März 2010 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns in dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Personal- und Sozialbericht

Für den Konzern Versicherungskammer Bayern waren im Jahr 2009 durchschnittlich 8.528 Mitarbeiter* tätig; davon 4.472 Vollzeitangestellte, 1.112 Teilzeitangestellte, 536 angestellte Außendienstmitarbeiter, 2 gewerbliche Mitarbeiter, 311 Auszubildende sowie 2.095 Mitarbeiter im nicht angestellten Außendienst, die durch eine größere Anzahl nebenberuflicher Vermittler unterstützt wurden.

Die Union Krankenversicherung beschäftigte im Geschäftsjahr 2009 durchschnittlich 519 Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Das Gesamtkonzept der Personalentwicklung setzt sich aus individuellen Entwicklungsmaßnahmen, Seminaren, Förderangeboten, Instrumenten zur Karriereplanung sowie Schulungen zu Führung, Kommunikation und Vertrieb zusammen und wird von Führungskräften sowie Mitarbeitern intensiv genutzt. Im Jahr 2009 wurden konzernweit 838 Veranstaltungen durchgeführt, an denen eine Vielzahl der Mitarbeiter der Union Krankenversicherung teilnahm.

Bei der Union Krankenversicherung gibt es seit langem eine variable Arbeitszeitgestaltung. Sie berücksichtigt mit verschiedenen Modellen die Interessen der Mitarbeiter und des Unternehmens.

Anmerkung: Dies ist eine verkürzte Fassung des ausführlichen Personal- und Sozialberichts, der dem Geschäftsbericht des Konzerns Versicherungskammer Bayern entnommen werden kann.

Aktives Risikomanagement

Das Management von Risiken gehört zu den Kernaufgaben von Versicherungsunternehmen. Der Erfolg der Union Krankenversicherung hängt entscheidend von der Risikostrategie des Unternehmens ab. Diese richtet sich an der vorhandenen Risikotragfähigkeit des Unternehmens aus. Das Risikomanagement ist daher in die laufenden Controllingprozesse der Union Krankenversicherung integriert. Hierzu gehören die regelmäßige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken. Vorrangige Ziele des Risikomanagements sind die jederzeitige Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge, die Wahrung der Kapitalbasis und das Erreichen vorgegebener Ergebnisziele.

* Im Folgenden wird zur Vereinfachung ausschließlich die männliche Form verwendet; inbegriffen sind selbstverständlich auch die Mitarbeiterinnen.

Die Union Krankenversicherung beobachtet und analysiert das Risikoumfeld mittels eines Risikomanagementsystems, das die Risiken in fünf Risikokategorien – versicherungstechnische Risiken, Forderungsausfallrisiken, Kapitalanlagerisiken, operationale Risiken und sonstige Risiken – strukturiert und diese entsprechend ihrer Schadenhöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Dieses Risikoinventar wird regelmäßig aktualisiert und in einem Bericht zusammengefasst. Risiken mit hoher Tragweite werden dem Vorstand schnell und direkt berichtet.

Das Risikomanagement ist konzernweit einheitlich aufgebaut und für jedes Versicherungsunternehmen der Versicherungskammer Bayern implementiert. Neben der Umsetzung der Anforderungen an das Risikomanagement aus § 64a VAG und den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) werden laufend Ergebnisrisiken beobachtet. Dazu werden ständig bestehende Strukturen und Prozesse des konzernweiten Risikomanagementsystems weiter optimiert.

Risiken der zukünftigen Geschäftsentwicklung

Für die private Krankenversicherung (PKV) resultieren wesentliche Risiken aus Veränderungen in der Sozial- und Steuerpolitik, aus gesellschaftlichen, konjunkturellen und demografischen Entwicklungen sowie aus den Auswirkungen des medizinisch-technischen Fortschritts auf die Leistungsausgaben. Ein erhebliches Risiko für alle privaten Krankenversicherer ist die Beschränkung des Marktpotenzials durch gesetzgeberische Maßnahmen.

Die jüngste Gesundheitsreform hat seit der Verabschiedung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG) im Februar 2007 bereits zu zahlreichen Änderungen geführt. Für die private Krankenversicherung traten wesentliche Neuregelungen jedoch erst zum 1. Januar 2009 in Kraft. Dazu zählen vor allem die Verpflichtung zum Angebot eines brancheneinheitlichen Basistarifs, die Möglichkeit der Mitnahme von Alterungsrückstellungen bei Neuverträgen und die Pflicht zur Versicherung.

Die private Krankenversicherung (PKV) ist seit 2009 verpflichtet, einen Basistarif anzubieten, dessen Leistungsumfang mit denen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) vergleichbar ist. Sonst in der PKV mögliche Wartezeiten und Risikozuschläge sind für den Basistarif ausgeschlossen. Er kann von allen gewählt werden, die in der PKV versichert sind oder dort versichert sein können (z. B. freiwillige Mitglieder der GKV). Die Prämien für den Basistarif dürfen sich nur auf Grund des Alters und des Geschlechts unterscheiden und sind auf einen Höchstbetrag begrenzt.

Eine wesentliche Neuerung ist die Einführung der allgemeinen Pflicht zur Krankenversicherung. Das bedeutet, dass sich alle dem PKV-System zugehörigen Personen, die nicht krankenversichert sind, bei einem privaten Krankenversicherungsunternehmen versichern müssen. Diese dürfen den Antrag eines Versicherungsberechtigten zur Aufnahme in den Basistarif grundsätzlich nicht ablehnen (Kontrahierungszwang). Durch die Krankenversicherungspflicht ist es der PKV nicht mehr möglich, eine Kündigung auszusprechen, selbst wenn der Versicherungsnehmer seiner Beitragszahlungspflicht nicht nachkommt. Ungeachtet dessen unterliegt der Versicherer einer eingeschränkten Leistungspflicht.

Mit der Möglichkeit der Mitnahme eines Teils der Alterungsrückstellung wurde die Voraussetzung für einen erhöhten Wettbewerb innerhalb der Branche geschaffen. Die Wechselmöglichkeit inklusive der Mitnahme der angesammelten Alterungsrückstellung für Kunden, die bereits vor dem 1. Januar 2009 eine private Krankheitskosten-Vollversicherung abgeschlossen hatten, blieb auf das erste Halbjahr 2009 und auf einen Wechsel in den Basistarif beschränkt. Für Versicherte, die ihre Police seit dem 1. Januar 2009 neu abgeschlossen haben, besteht keine zeitliche Beschränkung bei der Portabilität der Alterungsrückstellungen mehr. Diese ist jedoch auf den Teil begrenzt, der bei Versicherung im Basistarif erworben worden wäre.

Die Portabilität der Alterungsrückstellungen und die Einführung des Basistarifs haben zu höheren Beiträgen in den Tarifen der privaten Krankenversicherung geführt.

Ferner bleibt die Wechselmöglichkeit von freiwillig gesetzlich Versicherten zur privaten Krankenversicherung erschwert. Der Versicherte muss vor einem solchen Wechsel für mindestens drei Jahre in Folge ein Einkommen oberhalb der Versicherungspflichtgrenze nachweisen. Die dreijährige Wechselsperrfrist für Angestellte kann einen Rückgang im Neugeschäft der Vollversicherung zur Folge haben.

Die genannten Neuregelungen bergen für die privaten Krankenversicherer ein nicht unerhebliches Risiko bezüglich der Prämieinnahmen und Leistungsausgaben. Die daraus folgenden sowie die allgemeinen Entwicklungen im Bereich der Gesundheitspolitik werden genau beobachtet, um frühzeitig reagieren zu können. Allen Risiken wird mit einer risikobewussten Annahmepolitik und verbindlichen Risikobewertungsrichtlinien begegnet.

Wie alle Wettbewerber ist die Union Krankenversicherung darüber hinaus dem versicherungstechnischen Risiko steigender Aufwendungen für Versicherungsfälle ausgesetzt. Ursachen hierfür können die Entwicklung neuer medizinischer Techniken und Medikamente, das Abrechnungsverhalten der Krankenhäuser auf Grund der Abrechnungsmöglichkeit nach G-DRG und die häufigere Inanspruchnahme von Leistungen durch die Versicherten sowie eine sich verschlechternde Zusammensetzung des Bestands sein.

Diesen Risiken begegnet die Union Krankenversicherung durch den weiteren Ausbau ihres Leistungs- und Gesundheitsmanagements sowie durch eine risikobewusste Annahmepolitik.

Zudem werden die rechnungsmäßigen Versicherungsleistungen gemäß den gesetzlichen Vorschriften (§ 12b Abs. 2 S. 1 VAG) jährlich den tatsächlichen Leistungen gegenübergestellt und die Beiträge gegebenenfalls angeglichen.

Durch die rasche Reaktion auf sich verändernde Verbraucherbedürfnisse und die daraus resultierende adäquate Weiterentwicklung der Produktpalette wird dem Risiko schlechterer Neugeschäftsergebnisse entgegengewirkt.

Die Kapitalanlagen unterliegen Zins-, Kurs- und Währungsrisiken. Aus diesem Grund überprüft die Union Krankenversicherung täglich ihr Risikoexposure bei allen Positionen, die Marktschwankungen ausgesetzt sind. Weiterhin werden Standard- und Extremfallszenarien berechnet. So werden in Stresstests zum Beispiel die Auswirkungen eines Kursverlusts des Aktienmarkts auf die Bestände analysiert. Auf der Rentenseite werden die Folgen möglicher Zinsänderungen am Kapitalmarkt untersucht.

Die Bonitätsrisiken, also die Gefahr der Insolvenz oder des Zahlungsverzugs, werden im Direktbestand durch strenge Vergabemodalitäten minimiert. Werden innerhalb von Investmentanteilen Kreditrisiken eingegangen, so werden diese breit gestreut und die Einzelwerte laufend überwacht.

Grundlage für die Kapitalanlageplanung ist eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme und darauf basierend die jederzeitige Sicherstellung der Liquidität.

Investitionen erfolgen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Unternehmens und von Risiko- und Ertragsrelationen der einzelnen Kapitalanlageklassen. Für Kapitalanlagen wird Risikokapital zur Verfügung gestellt, das nach Risiko- und Ertragsbetrachtungen auf die einzelnen Kapitalanlageklassen verteilt wird. Diese Risikokapitalien werden vom Portfoliomanagement eingehalten. Um eine möglichst große Sicherheit und Rentabilität bei jederzeitiger Liquidität zu erzielen, wird unter Beachtung der Grundsätze des Versicherungsaufsichtsgesetzes einer ausgewogenen Mischung und Streuung der einzelnen Anlageklassen höchste Priorität eingeräumt. Bei der Union Krankenversicherung besteht ein Risikomanagementsystem für Kapitalanlagen, das kontinuierlich weiterentwickelt wird. Auf Grund dieses Systems werden derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Zins-, Kurs- und Währungsrisiken gezielt eingesetzt.

Bei den operationalen und sonstigen Risiken ist ein Hauptrisiko im Ausfall von Datenverarbeitungssystemen zu sehen. Zum Schutz dagegen hat die Union Krankenversicherung in Abstimmung mit ihrem IT-Dienstleister, der GaVI Gesellschaft für angewandte Versicherungs-Informatik mbH, zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen getroffen. Diese beginnen bei der Infrastruktur und der Energieversorgung, Datenhaltung und -sicherung und reichen bis hin zu Auswahl und Einsatz neuer EDV-Technologien. Dabei kommen bewährte Ansätze zum Tragen, wie die räumliche Trennung kritischer Komponenten, Firewalls, Zugangsregelungen, Virenschutzprogramme und die regelmäßige Überwachung der Sicherheitseinrichtungen. Sicherheits- und Qualitätsprüfungen werden kontinuierlich durchgeführt und an die technische Entwicklung angepasst.

Dem Risiko, dass auf Grund des Wegfalls eines Vertriebswegs erhebliche negative Auswirkungen auf das Ergebnis eintreten, begegnet die Union Krankenversicherung durch eine Vielzahl von unterschiedlichen Vertriebswegen.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die wesentlichen Risiken erkannt werden und angemessene Reaktionsmaßnahmen bestehen, um bestandsgefährdenden Risiken entgegenzuwirken.

Ausblick

Der konjunkturelle Einbruch des Jahres 2009 ist gestoppt. Allerdings sind die krisenauslösenden Probleme im Bankenbereich noch nicht vollständig beseitigt, so dass der Ausblick für das Jahr 2010 mit Unwägbarkeiten behaftet ist. Aus aktueller Sicht ist bestenfalls mit einem verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Wachstum zu rechnen. Der Arbeitsmarkt erwies sich bisher als relativ robust. Sollte die Arbeitslosigkeit infolge der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise allerdings ansteigen, könnten erstmals in größerem Ausmaß auch die privaten Haushalte belastet werden.

Selbst nach den bisherigen Gesundheitsreformen bleibt das gesetzliche Krankenversicherungssystem reformbedürftig. In diesem Umfeld bieten die privaten Krankenversicherer seit Jahren mit ihrem kapitalgedeckten Finanzierungssystem, das demografiefest und generationengerecht ist, den Menschen gute Voraussetzungen, um für den Krankheits- und Pflegefall ausreichend und zukunftsicher vorzusorgen. Die privaten Krankenversicherer garantieren ihren Kunden vertraglich vereinbarte Leistungen ein Leben lang.

Mit dem Inkrafttreten des Bürgerentlastungsgesetzes zum 1. Januar 2010 hat der Gesetzgeber die steuerliche Anerkennung von Versicherungsbeiträgen für die Kranken- und Pflegeversicherung neu geregelt. Mit Beginn des Jahres 2010 werden die gesamten Aufwendungen für einen gesetzlichen Basisschutz in der Kranken- und Pflegeversicherung steuerlich berücksichtigt. Das Bundesfinanzministerium geht davon aus, dass 16,6 Millionen privat und gesetzlich Versicherte durch Steuerersparnis mehr Geld zur Verfügung haben werden. Da sich die Beiträge für alle versicherten Personen steuermindernd auswirken, wird künftig für freiwillig gesetzlich Versicherte, die bisher die beitragsfreie Familienversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung nutzen konnten, die private Krankenversicherung attraktiver. Die Nachfrage wird auch deshalb steigen, weil viele gesetzliche Krankenkassen im Jahr 2010 Zusatzbeiträge erheben.

Vor diesem Hintergrund sieht die Union Krankenversicherung sehr gute Wachstumschancen. Mit ihrer umfangreichen und bedarfsgerechten Produktpalette kann sie in der Krankheitskosten-Vollversicherung verschiedene Kundengruppen gezielt ansprechen. Auch ist sie im Bereich der Zusatzversicherungen bestens aufgestellt. Hierbei kooperiert sie seit 2004 erfolgreich mit der AOK Baden-Württemberg und der AOK Rheinland/Hamburg. So bietet sie gesetzlich Versicherten vielfältige Möglichkeiten, ihren Grundsatz beispielsweise mit Krankenzusatztarifen für die Bereiche Zahn, Sehhilfen, Krankenhaus- oder Auslandsaufenthalt zu ergänzen. Darüber hinaus können sich privat sowie gesetzlich Versicherte mit der Pflegegeld-Familie für den Fall einer Pflegebedürftigkeit in allen drei Pflegestufen finanziell bestens absichern. Mit ZahnPREMIUM, PflegePLUS und PflegePRIVAT ergänzt die Union Krankenversicherung ihre bestehenden Tarife um neue leistungsstarke Produkte in der Zusatzversicherung für ihre Versicherten und Neukunden.

Das Unternehmen arbeitet kontinuierlich an der Optimierung seines Produktangebots sowie seiner Servicestandards. So steht im Jahr 2010 die weitere organisatorische Verbesserung der Betriebs- und Leistungsbereiche im Fokus. Ziel ist es, mit Hilfe von vereinheitlichten Bearbeitungsstandards noch flexibler und schneller auf die Anliegen der Versicherten und der Vertriebspartner reagieren zu können.

Auf die Zufriedenheit der Kunden und auf einen intensiven Dialog mit ihnen legt die Union Krankenversicherung größten Wert. Mit ihren gut ausgebildeten Mitarbeitern, die ein ausgeprägtes Serviceverständnis mitbringen, gelingt es dem Unternehmen, seinen Kunden die individuellen Vorteile einer privaten Absicherung aufzuzeigen. Mit dem Magazin „Gesundheit aktuell“ werden sie über Serviceangebote, aktuelle Themen sowie gesetzliche Entwicklungen, zum Beispiel im Zusammenhang mit Gesundheitsreformen informiert. Außerdem erhalten sie Tipps zur eigenen Gesundheits- und Pflegevorsorge.

Eine wichtige Basis, um sich weiter erfolgreich im Markt der privaten Krankenversicherer zu positionieren, ist für die Union Krankenversicherung die enge Zusammenarbeit mit den öffentlichen Versicherern innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Stabilität verleiht dem Unternehmen außerdem sein Multikanalvertrieb. Das Netz innerhalb der einzelnen Vertriebsseinheiten verdichtet sich stetig, und die Vertriebsleistung wird immer weiter gesteigert. So hat die Union Krankenversicherung auch in Zukunft beste Chancen, einen wesentlichen Anteil der erheblichen Marktpotenziale hinzuzugewinnen.

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Einzel-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Einzel-Krankentagegeldversicherung

Krankentagegeldversicherung

Restschuldversicherung

Selbständige Einzel-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbständige Einzel-Teilversicherung

Versicherung für eine Zusatzleistung im Todesfall

Sonstige Teilversicherung

Gruppen-Krankenversicherung

(nach Einzel- und Sondertarifen)

Gruppen-Krankheitskostenvollversicherung

(ambulant und stationär)

Gruppen-Krankentagegeldversicherung

Gruppen-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbständige Gruppen-Teilversicherung

Pflegekrankenversicherung

Pflegepflichtversicherung

Pflegezusatzversicherung

Freiwillige Pflegetagegeldversicherung

Übrige und nicht aufgegliederte Krankenversicherung

Auslandsreisekrankenversicherung

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite in €	2009	2009	2009	2009	2008
A. Ausstehende Einlagen					
auf das gezeichnete Kapital					
davon eingefordert: - (-) €				-	-
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				-	-
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			2.125.879		2.128.202
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-			-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		7.850.000			7.850.000
3. Beteiligungen		24.306.175			23.813.171
4. Ausleihungen an Beteiligungsunternehmen*		-			-
			32.156.175		31.663.171
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		294.538.322			421.929.547
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		-			-
3. Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen		-			-
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	724.950.871				680.029.536
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.099.099.861				826.917.521
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-				-
d) übrige Ausleihungen	57.000.000				57.000.000
		1.881.050.732			1.563.947.057
5. Einlagen bei Kreditinstituten		17.000.000			6.000.000
6. Andere Kapitalanlagen		-			-
			2.192.589.054		1.991.876.604
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft				-	-
				2.226.871.108	2.025.667.977
D. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		5.522.712			5.111.263
2. Versicherungsvermittler		8.278.358			6.383.371
davon: an verbundene Unternehmen: 3.513.545 (1.696.331) €			13.801.070		11.494.634
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft					
davon: an Beteiligungsunternehmen*: 45.931 (61.826) €			131.816		568.101
III. Sonstige Forderungen			13.284.944		12.434.838
davon: an verbundene Unternehmen: 3.061.985 (4.396.723) €				27.217.830	24.497.573
davon: an Beteiligungsunternehmen*: - (1.500) €					
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			1.149.819		1.196.660
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			8.820.661		9.648.783
III. Andere Vermögensgegenstände			-		-
				9.970.480	10.845.443
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			35.200.824		31.154.707
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			8.525.286		8.710.247
				43.726.110	39.864.954
Summe der Aktiva				2.307.785.528	2.100.875.947

* Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbefehligen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite in €	2009	2009	2009	2008
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		2.045.168		2.045.168
II. Kapitalrücklage		62.327.175		62.327.175
III. Gewinnrücklagen				
1. gesetzliche Rücklage				
2. andere Gewinnrücklagen	2.767.834			2.767.834
		2.767.834		2.767.834
IV. Bilanzgewinn		8.010.400		9.002.400
			75.150.577	76.142.577
B. Sonderposten mit Rücklageanteil				
C. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	19.003.110			14.437.757
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		19.003.110		14.437.757
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.947.444.066			1.738.902.902
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		1.947.444.066		1.738.902.902
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	85.741.369			75.355.530
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		85.741.369		75.355.530
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	116.680.930			137.561.258
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		116.680.930		137.561.258
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	26.850.664			24.867.915
b) davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		26.850.664		24.867.915
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	365.241			135.000
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft				
		365.241		135.000
			2.196.085.380	1.991.260.362
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.678.209		8.614.253
II. Steuerrückstellungen		2.637.613		2.637.613
III. Sonstige Rückstellungen		5.106.404		9.644.735
			15.422.226	20.896.601
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	2.879.331			1.825.190
2. Versicherungsvermittlern	8.323.186			6.779.675
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 3.157.194 (2.296.380) €		11.202.517		8.604.865
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		376.706		414.143
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
IV. Sonstige Verbindlichkeiten		9.377.114		3.412.498
davon: aus Steuern: 343.057 (628.497) €			20.956.337	12.431.506
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 9.018.170 (2.742.234) €				
davon: bei Beteiligungsunternehmen*: – (12.250) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit: 464 (2.700) €				
G. Rechnungsabgrenzungsposten			171.008	144.901
Summe der Passiva			2.307.785.528	2.100.875.947

* Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten C. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 12 Abs. 3 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

München, 18. Januar 2010

Der Verantwortliche Aktuar
Helfried Beer

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Posten in €	2009	2009	2009	2008
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	556.352.371			542.632.652
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	956.783			1.041.155
		555.395.588		541.591.497
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-4.565.354			-6.830.099
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-			-
		-4.565.354		-6.830.099
			550.830.234	534.761.398
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			14.167.774	27.259.659
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		162.040		181.900
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.590			6.136
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	90.100.063			85.494.810
davon: aus verbundenen Unternehmen: 352.130 (346.250) €		90.108.653		85.500.946
c) Erträge aus Zuschreibungen		10.916.983		-
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.723.643		4.955.256
e) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		-		-
			102.911.319	90.638.102
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			1.148.705	39.250
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	316.150.111			298.860.740
bb) Anteil der Rückversicherer	493.649			496.551
		315.656.462		298.364.189
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	10.385.839			-446.144
bb) Anteil der Rückversicherer	-			-
		10.385.839		-446.144
			326.042.301	297.918.045
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	208.541.164			194.714.268
bb) Anteil der Rückversicherer	-			-
		208.541.164		194.714.268
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		230.241		-124.000
			208.771.405	194.590.268
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung				
a) erfolgsabhängige		14.349.403		20.751.122
b) erfolgsunabhängige		6.164.649		5.200.011
			20.514.052	25.951.133
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	70.026.010			76.167.740
b) Verwaltungsaufwendungen	13.289.969			14.040.506
		83.315.979		90.208.246
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		202.746		269.156
			83.113.233	89.939.090
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		4.798.101		554.278
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		2.894.544		31.966.349
davon: außerplanmäßige Abschreibungen gem. § 277 Abs. 3 Satz 1 HGB				
2.892.221 (31.964.027) €				
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		9.215.439		454.865
d) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		-		-
			16.908.084	32.975.492
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			1.119.155	847.747
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			12.589.802	10.476.634

Posten in €	2009	2009	2009	2008
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		35.646.500		40.886.179
2. Sonstige Aufwendungen		36.067.802		42.480.313
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-421.302	-1.594.134
4. Außerordentliche Erträge			12.168.500	8.882.500
5. Außerordentliche Aufwendungen				
6. Außerordentliches Ergebnis				
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zuzüglich Organschaftsumlage	4.144.832			-133.799
8. Sonstige Steuern zuzüglich Organschaftsumlage	13.268			13.899
		4.144.832		-133.799
		13.268		13.899
9. Jahresüberschuss			4.158.100	-119.900
10. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			8.010.400	9.002.400
11. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die gesetzliche Rücklage				
b) in andere Gewinnrücklagen				
13. Bilanzgewinn			8.010.400	9.002.400

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009 wurde nach den Bestimmungen des HGB, des AktG und des VAG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung sowie der Satzung erstellt.

Die Einzelposten des Jahresabschlusses wurden in vollen Euro ausgewiesen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken werden mit den Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und eventuelle außerplanmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die der dauernden Vermögensanlage dienen, werden entsprechend § 341b Abs. 1 bzw. Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 HGB zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert, bilanziert.

Im Übrigen werden Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere gemäß § 341b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 3 HGB und § 280 Abs. 1 HGB zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren Kurswert am Bilanzstichtag bewertet.

Entsprechend den Vorschriften des § 341c HGB werden Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen mit ihren Nennwerten, vermindert um geleistete Tilgungen und notwendige Einzelwertberichtigungen, ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden durch aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Aufzinsungspapiere werden mit fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Devisentermingeschäfte sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung Sicherungsgeschäfte und als schwebende Geschäfte grundsätzlich nicht in der Bilanz ausgewiesen. Sicherungsgeschäfte und gesicherte Geschäfte werden zu Bewertungseinheiten zusammengefasst.

Auf ausländische Währung lautende Kapitalanlagen werden mit den Devisenmittelkursen zum Anschaffungstag unter Berücksichtigung niedrigerer Kurse zum Bilanzstichtag umgerechnet.

Einlagen bei Kreditinstituten und Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft werden zum Nennwert bilanziert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie sonstige Forderungen werden zum Nennwert, vermindert um etwaige individuelle und pauschale Wertberichtigungen, angesetzt.

Sachanlagen und Vorräte werden mit Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, ausgewiesen. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis zu 150 Euro werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben (§ 6 Abs. 2 EStG); für geringwertige Wirtschaftsgüter, deren Anschaffungskosten 150 Euro, aber nicht 1.000 Euro übersteigen, wird ein Sammelposten gebildet. Der Sammelposten wird im Jahr der Anschaffung und in den folgenden vier Geschäftsjahren mit jeweils einem Fünftel gewinnmindernd aufgelöst (§ 6 Abs. 2a EStG).

Alle übrigen Aktiva werden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Die Beitragsüberträge werden grundsätzlich pro rata temporis aus den Einzelverträgen ermittelt.

Die Deckungsrückstellung wird prospektiv und einzelvertraglich berechnet. Ein Näherungsverfahren gemäß § 16 Satz 2 KalV wird nicht angewandt. Die Kosten werden implizit angesetzt. Aus dem Mitversicherungsvertrag für die Pflegepflichtversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV) erfolgt die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der GPV. Die Zusatzrückstellung für Beitragsermäßigungen im Alter wird auf der Basis der positiven Deckungsrückstellung vom 31. Dezember 2008 einzeln ermittelt und zum 31. Dezember 2009 gutgeschrieben.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wird nach den Grundsätzen des § 341g Abs. 3 HGB, getrennt für die Kranken-, Beihilfe- und Pflegepflichtversicherung, gebildet. Die Ermittlung erfolgt anhand der Trendfortschreibung der Verhältnisse von Schadenleistungen im Geschäftsjahr und entsprechenden Leistungen in den Folgejahren der letzten Geschäftsjahre, bereinigt um die zum jeweiligen Stichtag vorhandenen bewerteten Arbeitsrückstände. Zusätzlich wird der Bearbeitungsrückstand des abgelaufenen Geschäftsjahres bewertet und in der Rückstellung berücksichtigt.

Die Rückstellungsbildung für die erfolgsabhängige und -unabhängige Beitragsrückerstattung erfolgt nach den tariflichen Bestimmungen und den vom Aufsichtsrat gefassten Beschlüssen. § 12a Abs. 3 VAG und § 21 KStG wurden beachtet.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des in § 6a EStG in Verbindung mit § 52 Abs. 17 EStG festgelegten Teilwertverfahrens. Als Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck gemäß BMF-Schreiben vom 16. Dezember 2005 mit einem Rechnungszins von 3,0 Prozent verwendet. Durch Zugrundelegung dieses Rechnungszinses sollen IFRS-Faktoren wie Gehalts- bzw. Rentendynamik und Fluktuation abgegolten werden.

Die Jubiläumsverpflichtungen werden den „other long-term employee benefits“ zugeordnet und gemäß IAS 19 (revised 2008) ermittelt. Die Rückstellung entspricht dem present value of the defined benefit obligation (DBO). Als Rechnungsgrundlagen werden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 5,17 Prozent, einer Gehaltssteigerung von 2,8 Prozent und einer Fluktuationsrate von 3,5 Prozent für Frauen und 3,2 Prozent für Männer verwendet.

Die Altersteilzeitverpflichtungen werden als „termination benefits“ angesehen und nach IAS 19 (revised 2008) ermittelt. Rechnungsgrundlagen sind die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 5,17 Prozent und einer Gehaltssteigerung von 2,8 Prozent. Bei Beschäftigten in Altersteilzeit wird von einer Fluktuation von null ausgegangen. Als Verpflichtung werden die Leistungen bewertet, die sich auf Grund der Vorruhestands- bzw. Altersteilzeitvereinbarungen in Verbindung mit dem Tarifvertrag ergeben.

Alle übrigen Rückstellungen werden in Höhe der zu erwartenden Aufwendungen gebildet. Verbindlichkeiten werden mit den Rückzahlungsbeträgen bewertet. Rentenverpflichtungen sind mit ihrem Barwert angesetzt.

Forderungen, Verbindlichkeiten sowie Bankguthaben in fremder Währung werden mit den Devisenmittelkursen am 31. Dezember 2009 in Euro umgerechnet.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2009

Aktivposten	Bilanzwerte 01.01.2009 Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Umbuchungen Tsd. €
B. Immaterielle Vermögensgegenstände sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.128	-	-
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.850	-	-
3. Beteiligungen	23.813	494	-
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-	-
5. Summe C. II.	31.663	494	-
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	421.929	15.263	-
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	-	-	-
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	680.030	106.921	5.000
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	826.918	344.177	-5.000
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-	-	-
d) übrige Ausleihungen	57.000	-	-
5. Einlagen bei Kreditinstituten	6.000	11.000	-
6. Andere Kapitalanlagen	-	-	-
7. Summe C. III.	1.991.877	477.361	-
Summe C. I.-III. Kapitalanlagen	2.025.668	477.855	-
Gesamt	2.025.668	477.855	-

	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2009
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
	-	-	-	-
	-	-	2	2.126
	-	-	-	-
	-	-	-	7.850
	1	-	-	24.306
	-	-	-	-
	1	-	-	32.156
	150.679	10.917	2.892	294.538
	-	-	-	-
	-	-	-	-
	67.000	-	-	724.951
	66.995	-	-	1.099.100
	-	-	-	-
	-	-	-	57.000
	-	-	-	17.000
	-	-	-	-
	284.674	10.917	2.892	2.192.589
	284.675	10.917	2.894	2.226.871
	284.675	10.917	2.894	2.226.871

Anhang Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

C. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV	Bilanzwerte 31.12.2009 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2009 Tsd. €	Bilanzwerte 31.12.2008 Tsd. €	Zeitwerte 31.12.2008 Tsd. €
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.126	2.660	2.128	2.650
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	–	–
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.850	7.850	7.850	7.850
3. Beteiligungen	24.306	24.326	23.813	23.813
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–	–	–
5. Summe C. II.	32.156	32.176	31.663	31.663
C. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	294.538	291.951	421.929	399.027
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	–	–
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	–	–	–	–
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	724.951	760.492	680.030	713.985
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.099.100	1.133.487	826.918	859.938
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	–	–	–	–
d) übrige Ausleihungen	57.000	51.222	57.000	55.443
5. Einlagen bei Kreditinstituten	17.000	17.000	6.000	6.000
6. Andere Kapitalanlagen	–	–	–	–
7. Summe C. III.	2.192.589	2.254.152	1.991.877	2.034.393
Summe C. I.–III.	2.226.871	2.288.988	2.025.668	2.068.706
C. IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	–	–	–	–
Summe C. Kapitalanlagen	2.226.871	2.288.988	2.025.668	2.068.706
Agio und Disagio aus Rechnungsabgrenzungsposten	6.206		7.053	
Gesamt	2.233.077	2.288.988	2.032.721	2.068.706
Bewertungsreserve zum 31. Dezember		55.911		35.985

Die Bewertungsreserve erhöhte sich um 19,9 Mio. Euro und lag bei 2,5 (1,8) Prozent des Buchwerts. Im Geschäftsjahr konnten die im Jahr 2008 zum Bilanzstichtag ausgewiesenen stillen Lasten auf Investmentfonds gemäß § 341 b HGB von 24,2 Mio. Euro um 20,1 Mio. Euro auf 4,1 Mio. Euro abgebaut werden.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, grundsätzlich nach folgenden Methoden ermittelt:

Das Grundvermögen wurde nach der Ertragswertmethode bewertet. Für unbebaute Grundstücke kamen die Marktwerte und für Gebäude die Ertragswerte zum Ansatz. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet.

An einer Börse notierte übrige Kapitalanlagen wurden mit dem Börsenkurswert am letzten Börsentag des Jahres 2009 bewertet. Nicht börsennotierte Eigenkapitalinstrumente wurden in der Regel mit ihrem Ertragswert, in Ausnahmefällen mit dem Substanzwert angesetzt. Nicht börsennotierte Schuldtitel wurden mit der entsprechenden Zinsstrukturkurve zum 31. Dezember 2009 unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge, in Ausnahmefällen mit dem Buchwert bewertet.

Zum Bilanzstichtag wurde für Kapitalanlagen des Anlagevermögens in Höhe eines Buchwerts von 159,6 Mio. Euro (davon betreffen 22,4 Mio. Euro Beteiligungen und 137,1 Mio. Euro Investmentanteile) sowie eines korrespondierenden Zeitwerts in Höhe von 154,9 Mio. Euro (davon betreffen 21,9 Mio. Euro Beteiligungen und 133,0 Mio. Euro Investmentanteile) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da im Hinblick auf das Wertaufholungspotenzial von einer nicht dauerhaften Wertminderung dieser Kapitalanlagen ausgegangen wird. Es bestehen dabei sowohl die Absicht als auch die Fähigkeit des Unternehmens, die Anlagen langfristig zu halten.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden Devisentermingeschäfte zur Absicherung von Währungsrisiken mit einem negativen Zeitwert von 28.071 (111.910) Euro und einem Nominalwert in Höhe von 2.258.367 (930.152) Euro. Die Berechnung erfolgte gemäß der Discounted-Cashflow-Methode.

Auf Kapitalanlagen wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB in Höhe von 752.965 (0) Euro vorgenommen.

C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Es handelt sich um ein unbebautes Grundstück, ein Grundstück mit Wohnbauten und ein Grundstück mit Geschäftsbauten. Letzteres wird vom Versicherungsunternehmen im Rahmen seiner Tätigkeit eigengenutzt und besitzt wie im Vorjahr einen Bilanzwert von 1.887.313 Euro.

C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum 31. Dezember 2009 gemäß § 285 Nr. 11 HGB	Anteil am Kapital %	Eigenkapital Tsd. €	Jahresergebnis Tsd. €
FOYER-SANTÉ S.A. Leudelange	50,00	2.656	362 ¹

¹ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2008.

C. III. 4. Sonstige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2009 €	31.12.2008 €
Stille Beteiligungen	16.000.000	16.000.000
Namensgenussrechte	41.000.000	41.000.000
Gesamt	57.000.000	57.000.000

F. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind Agio-Beträge in Höhe von 6.337.630 (7.184.722) Euro enthalten.

Passiva

A. I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 2.045.168 Euro und ist eingeteilt in 4.000 auf den Namen lautende Stückaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden können. Es setzt sich zusammen aus 1.200 Stammaktien und 2.800 Vorzugsaktien.

Der Mehrheitsaktionär, die Consal Beteiligungsgesellschaft AG, München, hat das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mitgeteilt.

C. II. Deckungsrückstellung

Von der Deckungsrückstellung in Höhe von 1.947.444.066 Euro entfallen 578.123 Euro auf die Übertragungswerte gekündigter Versicherungsverträge.

C. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung €	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			Gesamt €
		Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung €	Betrag nach § 12a Abs. 3 VAG €	Sonstiges €	
1. Bilanzwerte 01.01.2009	137.561.258	14.227.650	10.640.265	–	24.867.915
2. Entnahme zur Verrechnung	9.985.874	–	4.181.900	–	4.181.900
3. Entnahme zur Barausschüttung	25.243.857	–	–	–	–
4. Zuführung	14.349.403	4.400.000	1.764.649	–	6.164.649
5. Bilanzwerte 31.12.2009	116.680.930	18.627.650	8.223.014	–	26.850.664
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12a VAG 6.102.501 (645.208) €					

D. III. Sonstige Rückstellungen

	31.12.2009
	€
Urlaubsverpflichtungen/Gleitzeit	1.245.178
Provisionen	872.704
Ausstehende Rechnungen	821.063
Jubiläumswendungen	820.867
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	567.000
Altersteilzeit	341.443
Variable Vergütung	184.741
Jahresabschlusskosten	144.161
Sonstige	109.247
Gesamt	5.106.404

G. Rechnungsabgrenzungsposten

In dieser Position sind Disagio-Beträge in Höhe von 131.224 (131.403) Euro enthalten.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen mit einem Nennwert von 52.000 Euro bestehen nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 12.836.481 Euro.

Auf Grund der gesetzlichen Änderungen in den §§ 124 ff. VAG sind die privaten Krankenversicherer zur Mitgliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgabe Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2,0 Promille der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen. Demnach ergibt sich eine mögliche Zahlungsverpflichtung von 4.392.171 Euro.

Im Rahmen eines Mitversicherungsvertrags zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem PflegeVG vom 26. Mai 1994 für die Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV) haftet jeder der Mitversicherer für die zu erbringenden Versicherungsleistungen gegenüber jedem Versicherungsnehmer als Gesamtschuldner, gegenüber jedem Mitversicherer in Höhe der jeweiligen Mitversicherungsquote, die für das Kalenderjahr aufzubringen ist, in dem die Versicherungsleistung erbracht wird.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2009 lfd. Beitrag €	2009 Einmalbeitrag €	2008 lfd. Beitrag €	2008 Einmalbeitrag €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Einzelversicherung				
Krankheitskostenvollversicherungen	289.685.198		284.287.799	
Krankentagegeldversicherungen	25.838.891		25.619.043	
Selbständige				
Krankenhaustagegeldversicherungen	12.298.839		12.811.937	
Sonstige selbständige Teilversicherungen	104.498.268		103.278.126	
Pflegepflichtversicherungen	27.032.010		24.775.835	
Pflegezusatzversicherungen	13.889.759		10.468.879	
Beihilfeablöseversicherung	–		–	
Restschuldsversicherungen	–	35.024	–	501.040
Auslandsreisekrankenversicherungen	1.464.666	35.102.680	1.536.042	32.558.656
Summe	474.707.631	35.137.704	462.777.661	33.059.696
Gruppenversicherung				
Krankheitskostenvollversicherungen	32.611.381		33.145.815	
Krankentagegeldversicherungen	2.447.947		2.473.496	
Selbständige				
Krankenhaustagegeldversicherungen	467.917		478.274	
Sonstige selbständige Teilversicherungen	10.402.543		10.294.961	
Pflegezusatzversicherungen	403.887		246.383	
Auslandsreisekrankenversicherungen	–	–	–	–
Summe	46.333.675	–	46.638.929	–
Insgesamt	521.041.306	35.137.704	509.416.590	33.059.696
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	173.361		156.366	
Gesamtes Versicherungsgeschäft	556.352.371		542.632.652	

Der Betrag des Geschäftsjahres gemäß § 12 Abs. 4a VAG belief sich auf 26.786.433 (23.380.117) Euro.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen

Zum 31. Dezember 2009 waren gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 Satz 4 RechVersV insgesamt 1.025.239 (1.008.583) natürliche Personen versichert.

Von den versicherten Personen* entfielen auf:

	31.12.2009 Anzahl	31.12.2008 Anzahl
Krankheitskostenvollversicherungen	113.597	108.167
Krankentagegeldversicherungen	196.326	196.762
Selbständige		
Krankenhaustagegeldversicherungen	234.461	233.573
Sonstige selbständige Teilversicherungen	671.565	659.808
Pflegepflichtversicherungen**	125.645	120.229
Pflegezusatzversicherungen	53.633	42.902
Beihilfeablöseversicherung	–	–
Restschuldversicherungen	58.648	65.872
Auslandsreisekrankenversicherungen	4.043.771	3.906.668

* Doppelzählungen sind enthalten.

** Der Anteil von 1,3 Prozent an der GPV ist enthalten.

I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2009 €	2008 €
Krankheitskostenvollversicherungen	11.455.824	11.073.083
Krankentagegeldversicherungen	–	31.249
Selbständige		
Krankenhaustagegeldversicherung	–	53.202
Sonstige selbständige Teilversicherungen	2.711.950	1.708.365
Pflegepflichtversicherungen	–	14.393.760
Gesamt	14.167.774	27.259.659

Rückversicherungssaldo

	2009 €	2008 €
Anteil der Rückversicherer an den verdienten Beiträgen		
verdienten Beiträgen	956.783	1.041.155
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	493.649	496.551
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	202.746	269.156
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	260.388	275.448

Anhang Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Union Krankenversicherung waren im Jahr 2009 durchschnittlich 519 Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter:	2009	2008
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	332	390
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	147	125
Angestellte Außendienstmitarbeiter	21	28
Auszubildende	19	19
Gesamt	519	562

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2009 Tsd. €	2008 Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	48.275	43.695
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	4.907	11.975
3. Löhne und Gehälter	21.681	26.903
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	3.988	4.299
5. Aufwendungen für Altersversorgung	238	1.270
6. Aufwendungen insgesamt	79.089	88.142

Gesamthonorar des Abschlussprüfers

	2009 €
Abschlussprüfungsleistungen	114.912
Bestätigungsleistungen	–
Steuerberatungsleistung	22.560
sonstige Leistungen	–
Gesamt	137.472

Gremien

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf der Seite 5 aufgeführt.

Die Bezüge des Vorstands beliefen sich auf 353.142 Euro, an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 318.124 Euro gezahlt.

Für den Aufsichtsrat wurden 61.177 Euro und für den Beirat 47.774 Euro aufgewendet.

Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungen

Über Dienstleistungs- und Funktionsausgliederungsverträge wurden bestimmte Aufgaben (Rechnungswesen, Rechenzentrum, Verwaltung der Kapitalanlagen sowie weitere allgemeine Verwaltungsaufgaben) auf die Bayerische Landesbrandversicherung AG übertragen.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG nimmt Aufgaben im Bereich Produktentwicklung, Controlling, Personal und Mathematik sowie Versicherungstechnik wahr. Die Consal Beteiligungsgesellschaft AG erbringt Dienstleistungen in den Bereichen Marketing und Vertriebsförderung.

Konzernzugehörigkeit

Die Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, gehört zum Konzern Versicherungskammer Bayern. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten Kreis von Unternehmen auf und wird die Union Krankenversicherung in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und -lagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im elektronischen Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss ist außerdem am Firmensitz der Versicherungskammer Bayern, Maximilianstr. 53, 80538 München, erhältlich und steht unter www.vkb.de zur Verfügung.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	2009 €	2009 €
Rohüberschuss nach Steuern		32.862.304
abzüglich:		
Direktgutschrift gemäß § 12a VAG	6.102.501	
Zuführung zur poolrelevanten erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	4.400.000	
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	14.349.403	
		24.851.904
Jahresüberschuss		8.010.400
Entnahmen aus anderen Gewinnrücklagen		-
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-
Bilanzgewinn		8.010.400

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 8.010.400 Euro an die Aktionäre auszuschütten.

Saarbrücken, 8. März 2010

Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Kampmann



Kiechle



Reif

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Union Krankenversicherung Aktiengesellschaft, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 15. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Elmenthaler
Wirtschaftsprüfer

Laubersheimer
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Wir haben die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund regelmäßiger Berichte fortlaufend überwacht und uns in mehreren Sitzungen über die Geschäftslage unterrichtet.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir geprüft; Beanstandungen ergaben sich nicht. Wir schließen uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München, an. Sie hat dem vorgelegten Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2009 einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss billigen wir. Er ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt: „Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

München, 12. April 2010

Für den Aufsichtsrat



Schubring-Giese

Dank

Ein herzlicher Dank des Vorstands geht an alle Mitarbeiter für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2009. Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nahm der Betriebsrat der Union Krankenversicherung wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertrat der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer Bayern. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Die Zusammenarbeit mit den Anteilseignern und Vertriebspartnern stand wie in den Vorjahren im Einklang mit deren geschäftspolitischen Zielsetzungen. Die Union Krankenversicherung dankt allen Geschäfts- und Vertriebspartnern, insbesondere allen öffentlichen Versicherern in Deutschland, zu denen als Landesdirektionen sehr enge Geschäftsverbindungen bestehen. Der Dank gilt vor allem den Agenturen und Geschäftsstellen der öffentlichen Versicherer, den Sparkassen sowie den Maklern, die gemeinsam einen maßgeblichen Beitrag zum Geschäftserfolg des Unternehmens geleistet haben. Ebenso dankt die Union Krankenversicherung der AOK Rheinland/Hamburg und der AOK Baden-Württemberg für die erfolgreiche Partnerschaft. Besonders zu erwähnen ist auch die gute Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband sowie den regionalen Sparkassenverbänden.

Impressum

Herausgeber
Konzern Versicherungskammer Bayern
Maximilianstraße 53
80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
Telefax (0 89) 21 60-27 14
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich/Redaktion
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Rechnungswesen

Grafik/Gestaltung/Produktion
idee & concept Werbeagentur GmbH

Druck
Gebr. Bremberger GmbH & Co. KG,
Unterschleißheim

Aufgeführt im Jahre 2009
im Referenzwerk
„Deutsche Standards“
für Geschäftsberichte

DEUTSCHE ■
STANDARDS ■ ■